

Evangelische Verantwortung

Europa wächst zusammen - Christliche Ethik und ökologisch-soziale Marktwirtschaft auf dem Lande

Jochen Borchert

Mit der Unterzeichnung des Maastrichter Vertrages zur Europäischen Union durch die zwölf Mitgliedstaaten Anfang 1992 hat vierzig Jahre nach der Geburtsstunde der Europäischen Gemeinschaft eine neue Epoche begonnen.

Staaten und Menschen - verbunden durch gemeinsame Wertvorstellungen und Ziele - sind sich in dieser Gemeinschaft nähergekommen. Die ursprünglich auf wirtschaftliche Ziele ausgerichtete Interessengemeinschaft europäischer Staaten ist seitdem Schritt für Schritt auf das große Ziel der Politischen Union hin weiterentwickelt worden.

Der Maastrichter Vertrag begründet die Europäische Union mit föderalem Aufbau, in der Entscheidungen so bürgernah wie möglich getroffen werden. Er ist u.a. der Beginn einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Darüber hinaus erweitert er die Rechte und Zuständigkeiten des europäischen Parlaments. Neben der jeweiligen Staatsangehörigkeit gibt es eine Unionsbürgerschaft. Hervorzuheben ist auch das Wahlrecht jedes EU-Bürgers bei Kommunal- und Europawahlen an seinem Wohnsitz innerhalb der EU, unabhängig von seiner Staatsangehörigkeit.

Die Forderung, die der ehemalige belgische Premier Leo Tindemans schon 1975 in seinem „Bericht zur Europäischen Union“ erhoben hat, ist also nicht

vergessen. „Der Aufbau Europas ist etwas anderes als eine Art zwischenstaatlicher Zusammenarbeit. Er ist eine Annäherung von Völkern, die gemeinsam ihre Gesellschaft den sich wandelnden Bedingungen in dieser Welt anpassen wollen und hierbei die Werte achten, die ihr gemeinsames Erbe bilden.

Europa muß bürgernah sein!

In demokratischen Staaten reicht der Wille der Regierungen für ein derartiges Unterfangen allein nicht aus. Die Notwendigkeit, die Vorteile und die schrittweise Verwirklichung eines solchen Vorhabens müssen von allen erkannt und empfunden werden, damit die Anstrengungen und notwendigen Opfer auf freiwilliger Basis erfolgen. Europa muß bürgernah sein.“

Dies gilt um so mehr, als ich weiß, daß der in Europa am deutlichsten zu spürende weltpolitische Umbruch viele Menschen in Deutschland und anderswo verunsichert.

Gerade jetzt aber wäre im Hinblick auf die europäische Einigung Abwarten die falsche Antwort, Stillstand bedeutet Rückschritt!

Deshalb muß der Einigungsprozeß gemeinsam mit unseren Partnern mutig nach vorn getrieben werden. Nur so können Freiheit und Frieden, soziale

Sicherheit und Wohlstand in Europa gesichert werden. Die dauerhafte gesamteuropäische Friedensordnung muß ein solides geistiges Fundament haben. Ein allein auf Binnenmarkt und westliche Demokratieformen reduzierter Europaentwurf vermag die Bürger gefühlsmäßig nicht hinreichend zu binden. Der rationalen politisch-ökonomischen Konstruktion muß die emotionale Komponente nachwachsen.

Inhalt

4 „Die Europaministerien der Länder vor neuen Herausforderungen“

7 Europa - weit und unbekannt

10 Diakonie in Europa

12 Nation - ein vergessenes oder verdrängtes Thema?

13 Kurz notiert

14 Aus unserer Arbeit

Die Frage der europäischen Identität

Mit der Frage nach dem tiefergehenden Grundkonsens rührt man an ein Schlüsselproblem des werdenden Europas: Die Frage der europäischen Identität.

Wie schwierig die Identitätsproblematik ist, wissen wir aus unserem Volk. Folgt man der veröffentlichten Meinung, so bieten selbst die gemeinsam erbrachten Leistungen der letzten Jahre und Jahrzehnte, selbst das in Freiheit und Frieden erarbeitete hohe Wohlstandsniveau nicht Anlaß genug, sich freudig und vorbehaltlos zur deutschen Nation und unserem Staat zu bekennen. Um so wichtiger ist es, in einer Welt des Umbruchs den Bau des europäischen Hauses zu vollenden.

Nur wer sich seiner nationalen **Herkunft** bewußt ist und zu ihr steht, wird die europäische **Zukunft** meistern und gestalten können.

Eine künstliche Sinnstiftung ist dabei gar nicht nötig, wie uns die neu erwachende Christlichkeit in Mittel- und Osteuropa beweist. Sie zeigt einen Weg auf der Suche nach dem ethischen Fundament des Europäischen Hauses.

Die christlichen Grundwerte, der Glaube an Gott, die Einsicht, daß der Mensch als Geschöpf Gottes endlich ist und die Achtung vor dem Schöpfungswerk Gottes gehören zu den kultur- und identitätsbildenden Wurzeln europäischen Geistes. Hierauf haben in den 50er



Jahren auch die großen Europäer Adenauer, de Gasperi und Schumann Bezug genommen, als sie den Gedanken des „Christlichen Abendlandes“ vertraten.

Wie wir Christdemokraten das „C“ in unserem Parteinamen verstehen, ist im neuen Grundsatzprogramm der Union niedergelegt.

‘Bewahren’ heißt für uns ‘gestalten’

Der EAK hat an der Formulierung dieser Thesen entscheidend mitgewirkt. In Kapitel VI heißt es: „Die Bewahrung der Schöpfung ist zur vorrangigen Aufgabe der Menschheit geworden. Ohne den



Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine tragfähige menschliche Entwicklung nicht möglich. ...‘Bewahren’ heißt für uns ‘gestalten’, damit die Zusammenhänge und Wechselbeziehungen im Netzwerk von Mensch, Natur und Umwelt erhalten werden.“

Land- und Forstwirtschaft tragen zur Erfüllung der hier angesprochenen Aufgabe in erheblichem Umfang bei. Sie erbringen unter häufig schwierigen Standortbedingungen vielfältige Leistungen der Landschaftspflege und des Umweltschutzes. Gut 80 Prozent der Fläche Deutschlands werden von Land- und Forstwirten bewirtschaftet. Sie nehmen sich auf diese Weise der über Jahrhunderte gewachsenen Kulturlandschaften an, prägen das Landschaftsbild und erfüllen damit eine wichtige Funktion im Dienste unserer Gesellschaft.



Die Landwirtschaft ist mit den übrigen Wirtschaftsbereichen eng verflochten. In Deutschland steht jeder siebte Arbeitsplatz direkt oder indirekt mit ihr in Verbindung. Es ist darum selbstverständlich, in der Bewahrung der flächendeckenden Landwirtschaft eine wichtige Aufgabe zu sehen.

Ich bin mir bewußt, daß der Strukturwandel im zusammenwachsenden Europa eine für viele Betriebe schmerzvolle, aber notwendige Veränderung mit sich bringt.

Mit dem GATT-Abschluß und der Agrarreform der Europäischen Union hat die Landwirtschaft im europäischen Binnenmarkt stabile Rahmenbedingungen. Allerdings werden wir auf Dauer unser Ziel einer leistungsstarken Landwirtschaft mit bäuerlicher Tradition, die für die zuverlässige Produktion von Nahrungsmitteln, für die Stabilität der ländlichen Räume und die Pflege unserer Kulturlandschaft mit ihren ökologischen Funktionen bürgt, nur erreichen, wenn die Landwirtschaft die Wettbewerbsfähigkeit im europäischen Binnenmarkt stärker als bisher zum Maßstab ihres unternehmerischen Handelns macht.

Sicher wird man mit dem Präsidenten des Bauernverbandes, Constantin Freiherr Heereman von Zuydtwyck, in Betracht dieser Situation feststellen können: „Zu Resignation besteht kein Anlaß. Die Herausforderungen bedeuten Risiko und Chance zugleich“, aber: Ist eine auf Wettbewerb hin ausgelegte Wirtschaftsordnung mit den Idealen einer harmonischen, umwelt- und damit menschenfreundlichen Gesellschaft vereinbar?

Selbstverantwortung des Einzelnen stärken

Haben Gerechtigkeit und Nächstenliebe überhaupt im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung Platz? Wir Christdemokraten stellen uns diesen Fragen mit unserem neu entwickelten Konzept einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft, das Aufnahme in unser neues Grundsatzprogramm gefunden hat.

Verantwortung in sozialer und ökologischer Hinsicht übernehmen heißt erkennen, daß Solidarität mit den Schwachen und die Erhaltung von Natur und Umwelt nicht automatisch am Markt erfolgen, sondern der politischen Gestaltung durch einen entsprechenden Ordnungsrahmen bedürfen. Dabei muß der Grundsatz gelten: Soviel Markt wie möglich, um Eigeninitiative und Selbstverantwortung des Einzelnen zu stärken, und soviel Staat wie nötig, um Wettbewerb und die soziale und ökologische Ordnung der Gesellschaft zu gewährleisten.

Liberalisierung des Welthandels bedeutet größere Wettbewerbschancen für alle. Das bringt uns der Herstellung internationaler sozialer Gerechtigkeit näher: Länder, die ihre Landwirtschaft noch aufbauen müssen, werden bessere Chancen zu eigener Produktion erhalten. Länder, die ihre Erzeugnisse billiger produzieren, dürfen nicht durch Dumpingangebote von Weltmärkten verdrängt werden.

Länder schließlich wie das unsere, die aus Gründen höherer Umweltstandards höhere Produktionskosten haben, müssen ihre Landwirtschaft vor Billigimporten schützen können und vor Erzeugnissen aus den jungen Demokratien Osteuropas.

Die zusammenwachsende Europäische Union übt große Anziehungskraft auf diese Länder aus. Eine solche Zusammenarbeit wollen und müssen wir fördern. Klar ist aber auch, daß die daraus resultierenden Lasten nicht allein auf den Schultern unserer Land- und Forstwirtschaft ruhen dürfen.

Leistung muß sich in der Landwirtschaft weiterhin lohnen. Der unternehmerisch handelnde Landwirt, der im Familienbetrieb oder anderen Betriebs- und Rechtsformen tätig ist und sich an der bäuerlichen Wirtschaftsweise ausrichtet,

soll auch in Deutschland Zukunft haben. Dazu müssen wir die Möglichkeit eröffnen, neue ausbaufähige Märkte zu erschließen.

Im Sinne unserer ökologischen Verpflichtung denke ich z.B. an die Bereiche Umwelt- und Naturschutz sowie nachwachsende Rohstoffe.

Hier sind wir durch die Gemeinsame Agrarreform ein gutes Stück vorangekommen:

- die flankierenden Maßnahmen zur Förderung einer umweltgerechten Landbewirtschaftung bieten Möglichkeiten, die Umweltleistungen der Land- und Forstwirtschaft gezielt zu honorieren,
- auf stillgelegten Flächen dürfen nun bei voller Aufrechterhaltung der Stilllegungsprämie fast alle Ackerkulturen als nachwachsende Rohstoffe (Beispiel: für Biodiesel aus Raps) angebaut werden,
- Stromerzeugung aus Biomasse wird mit 14 Pfennig/Kwh vergütet.

Strukturelle Stärkung des ländlichen Raums

Perspektiven sind also vorhanden. Unternehmerisch denkende Land- und Forstwirte werden die Herausforderungen meistern. Sie können mit Zuversicht in die Zukunft blicken.

Zu diesen Perspektiven gehört zwingend die soziale Absicherung des sich vollziehenden Strukturwandels. Da die in die landwirtschaftliche Sozialversicherung beitragszahlenden Betriebe mit den Folgekosten des Strukturwandels nicht alleine fertig werden können, brauchen sie staatliche Unterstützung. Bemessungsgrundlage soll auch hier die individuelle Leistungsfähigkeit sein.

In diesen Zusammenhang fällt weiterhin die wichtige Aufgabe, die Alterssicherung der Bäuerinnen zu einer eigenständigen Säule in der Agrarsozialpolitik auszubauen.

Zu den Perspektiven gehört aber auch die strukturelle Stärkung des ländlichen Raums mit Hilfe der öffentlichen Hand durch Bereitstellung eines erweiterten

Bildungs- und Ausbildungsangebotes, durch verkehrsmäßige Erschließung und Förderung der Dorferneuerung. Die Steigerung der Wirtschafts- und Wohnattraktivität führen zur Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und ziehen die Schaffung zukunftsreicher Arbeitsplätze nach sich.

Als EAK-Bundesvorsitzender ist mir wichtig, daß mit dem GATT-Abschluß und der Agrarreform wesentliche Forderungen, die die EKD in ihrer Denkschrift „Landwirtschaft im Spannungsfeld zwischen Wachsen und Weichen, Ökologie und Ökonomie, Hunger und Überfluß“ 1984 erhoben hatte, in die praktische Politik eingeflossen sind. Ich denke da etwa an die Frage der internationalen sozialen Gerechtigkeit, an die Reduzierung der Überschüsse in der EU und die stärkere Berücksichtigung ökologischer Belange in der Landwirtschaft.

Ich bin mir bewußt, daß der notwendige Strukturwandel auf dem Lande erhöhte Anforderungen an die Kirche stellt:

- Für die betroffenen Menschen in der Land- und Forstwirtschaft sind Angebote seelsorgerlicher Begleitung und Beratung erforderlich, um Ängsten oder gar Resignation entgegenzuwirken. Resignation ist mit christlichem Glauben und christlicher Hoffnung unvereinbar.

- Die Kirche hat eine wichtige Impuls- und Vermittlungsfunktion bei der gesellschaftlichen Verständigung über Aufgaben und Stellenwert der Land- und Forstwirtschaft. Sie sind mehr als nur die Produktion von Nahrungsmitteln bzw. Rohstoff. Das neue Leitbild für die Landwirtschaft umfaßt auch die Gestaltung, Pflege und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft sowie die Sozialstrukturen im ländlichen Raum. Die Kirche kann helfen, ein Bewußtsein dafür zu schaffen, daß Land- und Forstwirtschaft einen gesamtgesellschaftlichen Auftrag wahrnehmen und sich deshalb auch auf die finanzielle Unterstützung durch die Gesellschaft verlassen können. Die Fortentwicklung und Stärkung der ländlichen Räume ist eine unabdingbare Voraussetzung dafür, daß der notwendige Strukturwandel in sozial verträglicher, akzeptabler Form verlaufen kann. Und hierfür wollen und müssen wir alle, jeder an seinem Platz, arbeiten. ■

„Die Europaministerien der Länder vor neuen Herausforderungen“

Christine Lieberknecht

Europa ist ein Kontinent im Umbruch. Das gilt nicht nur für die Völker und Staaten östlich der Europäischen Union (EU), die zielstrebig auf einen Beitritt hinarbeiten. Durch den inzwischen schon mehr als ein Jahr alten Binnenmarkt und das Maastrichter Vertragswerk, ist auch die alte EG einen beachtlichen Schritt vorangekommen. Der gemeinsame Markt ist weiter ausgebaut worden und die EU hat begonnen, sich von ihrer einseitigen Orientierung auf die wirtschaftlichen Aspekte der Integration zu lösen, auch wenn wir von der angestrebten politischen Union noch weit entfernt sind.

Allen ist klar: Der Name „Maastricht“ steht für eine Form der Integration, deren Grenzen während der langen Diskussion über das umstrittene Vertragswerk nur allzu deutlich geworden sind. Die Zukunft wird Europa nur politisch, nicht aber „technokratisch“ gewinnen können. Diese Herausforderung trifft die EU in einer schwierigen Phase. Sie zu lösen, bedarf zunächst der nüchternen Kenntnisnahme der gravierenden Veränderungen, die Deutschland und Europa in den letzten Jahren erfahren haben.

- Nach dem Ende des Kalten Krieges hat sich in Europa das Klima für die Integrationspolitik gewandelt. Die disziplinierende Wirkung des kommunistischen Ostblocks ist entfallen. Die Machtbalance in der EU hat sich durch die deutsche Wiedervereinigung verändert. Auch die Aufnahme weiterer Staaten wird nicht ohne Einfluß auf bisherige Strukturen und das Machtgefüge in der EU bleiben. Auch die Erfahrungen auf dem Balkan und in Ostmitteleuropa strahlen unmittelbar auf den Westen zurück. Die Spannung

zwischen nationaler Selbstfindung und europäischer Integration ist überall zu spüren.

- Am 1. 1. 1993 ist der europäische Binnenmarkt in Kraft getreten. Davon hatten sich die Völker Europas Wachstum und Wohlstand erhofft. Doch ein Großteil der prognostizierten Effekte waren bereits vor Beginn des Jahres 1993 verbraucht worden, weil viele Unternehmen ihre Strategie vorzeitig auf den Binnenmarkt ausgerichtet hatten. Stattdessen ist im Jahr des Binnenmarktes die europaweite Arbeitslosigkeit zum beherrschenden Thema im Europäischen Parlament im Rat und der Kommission geworden.

- Die Auseinandersetzungen in fast allen Mitgliedstaaten über Maastricht haben gezeigt, daß möglichst bald drei weitere Probleme gelöst werden müssen:

1. Vielen Bürgern ist unklar, wie in Zukunft die Kompetenzen zwischen den Mitgliedstaaten und Europa aufgeteilt werden sollen. Sie erleben es keineswegs als Vorteil, daß und wie Europa sich in immer mehr Lebensbereichen bemerkbar macht.
2. Um die Integration weiter fortsetzen zu können, muß auch eine schlüssige Antwort auf das Problem der demokratischen Kontrolle europäischer Politik gegeben werden. Karlsruhe hat mit der für das Bundesverfassungsgericht gebotenen Zurückhaltung darauf hingewiesen, daß Europa derzeit nur den Kriterien der Demokratie entspricht, weil die nationalen Parlamente noch ausreichend Einfluß haben. Die Machtverhältnisse zwischen den EU-Organen bedürfen dringend der Reform.
3. Schließlich muß auch die Währungsunion als Abschluß der wirtschaftli-

chen Integration noch einmal diskutiert werden. Zu Recht hat Karlsruhe unterstrichen, daß ein Automatismus nicht möglich ist und die nationalen Parlamente das letzte Wort haben müssen. Die anderen Mitgliedstaaten orientieren sich in ihrer Geldpolitik zwar an Deutschland, aber um die volle Akzeptanz der strengen Kriterien für einen Einstieg in die gemeinsame Währung in allen Mitgliedstaaten müssen wir weiterhin ringen.

Handlungsbedarf auf diesen Feldern besteht nicht irgendwann in ferner Zukunft, sondern jetzt, in der unmittelbar vor uns liegenden Zeit. Diese Aufgaben haben eine sehr handfeste politisch-diplomatische und eine mindestens ebenso wichtige psychologische Seite. Für beides brauchen wir europäisches politisches Know how und sehr viel Einfühlungsvermögen. Auf Länderebene angesiedelte Europaministerien haben dabei eine unverzichtbare Mittlerrolle zu leisten.

Gestaltende Kraft des Föderalismus

Das gilt zunächst für die psychologische Ebene: Europa ist eine historische, wirtschaftliche und politische Realität. Die Wurzeln unseres Kontinents sind gemeinsam: Griechische Philosophie, römisches Recht und christlicher Glaube. Wie bei einem Baum, der nicht nur aus Wurzeln besteht, hat sich Europa aber in unterschiedlichen Stämmen, Ästen und Zweigen entwickelt. Europa, das Einheit in der sehr konkreten Vielfalt seiner Völker, Staaten und Regionen. Hermann Lübke hat in diesem Zusammenhang einmal von der „Lust des Wiedererkennens und Unterscheidens“ gesprochen. Gerade die deutsche Geschichte ist wie keine andere nicht nur durch die Vielzahl seiner Landschaften, sondern auch der kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Zentren geprägt. Diese Tatsachen müssen wir den Bürgern aber auch bewußt machen.

Völlig zu Recht haben die deutschen Länder um die Verankerung der gestaltenden Kraft des Föderalismus in dem Vertragswerk, dem neuen Artikel 23 des Grundgesetzes und Begleitgesetzen gerungen. Nicht nur weil es um Fragen der zukünftigen Machtverteilung geht, sondern weil es die Interessen der Menschen in ihren jeweiligen Lebensbezügen zu

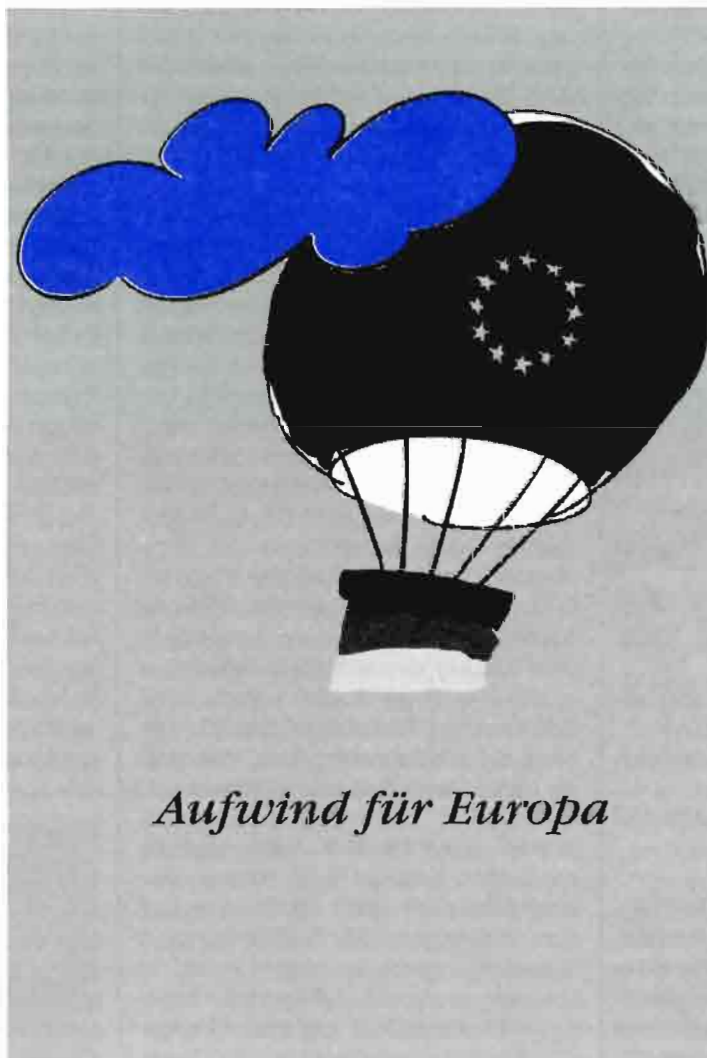
wahren gilt. Nur wenn es uns gelingt, die Bedürfnisse Europas, der Nationen und Regionen überzeugend auszubalancieren, werden die Menschen auch bereit sein, uns in der Einsicht zu folgen, daß sich viele Probleme nicht mehr im regionalen oder nationalen Rahmen lösen lassen. Diese Zusammenhänge müssen wir nicht nur den Bürgern, sondern auch auf allen Ebenen der politischen Vertretung eines Landes, des Bundes und in Europa bewußt machen.

und auch dann um Gehör kämpfen, wenn es unpopulär ist. Nur so läßt sich Politik mit einem optimalen Ergebnis für alle Seiten auf Dauer gestalten.

Für die östlichen Länder kommt ein weiterer Aspekt hinzu. Nach fast 50 Jahren Isolation in der braunen und der roten Diktatur können sie sich nichts weniger leisten als provinzielle Enge. Die Rückkehr in das westliche Europa ist entscheidend für das geistige Klima in Thüringen und den anderen neuen deutschen

Es ist genauso wichtig, Thüringen wieder zu einem Ort der europäischen Begegnung zu machen. Gerade in unserem Land hat sich gezeigt, daß kulturelle Leistung oft eine Symbiose von Eigenem und Fremdem ist. Wie kaum ein anderes Land kann Thüringen mit seiner einzigartigen Geistes- und Kulturgeschichte eine bedeutende Position innerhalb der europaweit notwendigen Veränderungen einnehmen. Das 20. Jahrhundert war in seiner ersten Hälfte durch Krieg und Schrecken gekennzeichnet, die Integration stand unter wirtschaftlichen Vorzeichen, die Zukunft gewinnen wir, wenn wir die kulturellen Gemeinsamkeiten erkennen und stärken. Auf diesem Feld hat Thüringen seine besonderen Stärken. Nicht zuletzt ist die erfolgreiche Bewerbung Weimars als Kulturstadt Europas auch in diesem Licht zu sehen.

Nun kann es allerdings nicht unsere Aufgabe sein, in jeder Region eine Art „Europa-Werbeministerium“ einzurichten. Der Strang läuft nicht nur von oben nach unten. Genauso wichtig ist zu erkennen, wie „Europa“ vor Ort ankommt. Und da sind die Erfahrungen häufig negativ: Nicht selten erscheint Europa als ein Monstrum, das in Schicksalsfragen handlungsunfähig ist, aber eine kostspielige Bürokratie unterhält, die Äpfel und Gurken normt oder Bananen künstlich verteuert und dergleichen mehr. Es ist nicht nur eine Frage der allgemeinen Stimmung, sondern von entscheidender Bedeutung für die weitere Integration und ihre Akzeptanz, dem vorhandenen „Europafrust“ nicht allgemein freien Lauf zu lassen, sondern ihn dort, wo er berechtigt ist, politisch kompetent und konstruktiv aufzugreifen. Die Länderregierungen tun gut daran, eine politische Vertretung zu haben, die sich in aufbauender und nicht in destruktiver Kritik übt.



Aufwind für Europa

Wenn die politischen Vertreter der Europaministerien ihre Mittlerrolle zwischen den verschiedenen Entscheidungsebenen von den Kommunen über die Regionen und Mitgliedstaaten, bis hin zu den europäischen Gremien quer durch die sektoral bestimmten Politikbereiche ernstnehmen, sind sie a priori zu einer ehrlichen und vorurteilsfreien Gesamtschau der Probleme gezwungen. Ein Europa-ministerium muß diesen Part gegenüber der eigenen Region, aber auch gegenüber den Organen der EU ernstnehmen

Regionen der EU. Für das Thüringer Ministerium für Bundes- und Europa-angelegenheiten habe ich daher auf zwei Aspekte besonderen Wert gelegt: Es kommt darauf an, die Kultur Thüringens wieder mit der Europas zu verbinden, zu der sie über Johann Sebastian Bach, Martin Luther, Johann Wolfgang Goethe, Friedrich Schiller, Johann Gottfried Herder und Christoph Marin Wieland hinaus wesentliche Beiträge geleistet hat.

Regionen entsprechen verbesserte Möglichkeiten zur Mitarbeit der Regionen. Darum haben die deutschen Länder besonders seit den 70er Jahren beharrlich gekämpft. Wie das Maastrichter Vertragswerk zeigt, waren sie damit erfolgreich.

Die durch Maastricht wesentlich erweiterten Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen sind das bisher bedeutendste Ergebnis, das der EG-Kommissar Peter M.

Europa der Regionen

Das ist aber nur der eine Teil der Aufgaben, die ein Europaministerium erfüllen muß. Der andere ist sehr handfester Natur und ergibt sich aus dem Trend zu einer stärkeren Regionalisierung der EU. Das „Europa der Regionen“ ist in den vergangenen Jahren zu einem Schlagwort geworden, durch das verschiedene Elemente gebündelt werden: Eine dezentrale Regionalpolitik, der Wunsch der Menschen nach Heimat und das Ziel der EU, europäische Politik bürgernäher zu gestalten. Dem immer stärkeren Brüsseler Zugriff auf die

Schmidhuber als „Einstieg in eine dreistufige Gliederung“ Europas bezeichnet hat. Die Regionen werden sowohl durch die folgenden neuen Elemente im Vertrag über die Europäische Gemeinschaft (EGV) als auch die erweiterten Beteiligungsformen auf Bundesebene gestärkt.

- Das Subsidiaritätsprinzip (Art. 3 b EGV)
- Den Ausschuß der Regionen (Art. 198 a-c EGV)
- Das Ministerratsbeteiligungsverfahren (Art. 146 EGV)
- Willensbildung in der Europapolitik (Art. 23 und 52 GG)

Diese neuen Rechte bieten den Regionen erstmals die Möglichkeit, auf der europäischen Bühne als eigenständige Akteure aufzutreten. Am augenfälligsten sind die neuen Möglichkeiten beim Ausschuß der Region (AdR), der den Regionen ein Mitspracherecht in den Fragen einräumt, die ihre Interessen berühren:

- Aufgaben, Ziele und allgemeine Regeln der Strukturfonds (Art. 130 d EGV)
- Spezifische Aktionen außerhalb der Fonds (Art. 130 b II EGV)
- Kohäsionsfonds (Art. 130 d II EGV)
- Durchführungsbeschlüsse des Regionalfonds (Art. 130 e EGV)
- Leitlinien und Aktionen bei Aufbau/Ausbau transeuropäischer Netze (Art. 129 d I EGV)
- Fördermaßnahmen im Bereich der allgemeinen Bildung (Art. 126 IV EGV)
- Fördermaßnahmen im Kulturbereich (Art. 128 V EGV)
- Fördermaßnahmen im Gesundheitswesen (Art. 129 IV EGV)

Überwiegend handelt es sich um Wirtschaftsthemen mit regionalem Bezug, zum Teil werden Bereiche berührt, die nach den Zuständigkeitskatalogen des GG nicht in die alleinige Kompetenz der Länder fallen. Dadurch wird das landespolitische Themenspektrum zumindest auf der europäischen Ebene hier und da erweitert. Andere betreffen klassische Felder des Landesrechtes, wie etwa Bildung und Kultur. Der AdR hat über diesen Katalog hinaus ein thematisch nicht begrenztes Selbstbefassungsrecht (Art. 198 c EGV). Sofern die Möglichkeiten ausgeschöpft werden - und das Interesse der Länder, dem AdR langfristig nicht nur ein Mitspracherecht, sondern ein begrenztes Mitentscheidungsrecht zu sichern, legen das

nahe - kommt auf die Regionen viel Arbeit zu.

Es kommt aber nicht nur auf diese in Maastricht festgeschriebenen Rechte an. Der AdR ist nicht zuletzt auch ein politisches Forum, in dem die Regionen ihre Interessen abgleichen und vertreten können. Die Inhomogenität und der Variantenreichtum der europäischen Regionallandschaft lassen dazu erst nach einer ausreichenden Zeit gemeinsamer Arbeit detailliertere Aussagen zu. Für die deutschen Länder bietet der AdR unbeschadet dieser noch wenig konturierbaren Erwartungen generell die Möglichkeit, die regionale Ebene und damit auch die eigene Existenz in einem föderalen Europa zu sichern.

Probleme für die neuen Bundesländer

Für die östlichen Bundesländer kommt ein weiterer Bereich hinzu: Als Gebiete mit massiven Transformationsproblemen durch den Umbau einer zentral verwalteten sozialistischen Kommandowirtschaft zu einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft werden sie aus den Strukturfonds der EU gefördert. Alleine Thüringen erhält in den kommenden fünf Jahren etwa vier Milliarden D-Mark. Brüssel verbindet diese Hilfe mit bestimmten Auflagen und kontrolliert den Vollzug der entsprechenden Programme in enger Zusammenarbeit mit den Regionen fortlaufend. Die Erkenntnisse, die sich daraus ergeben, müssen in die europäische Diskussion einfließen.

In den neuen Ländern und in den europäischen Gremien wird intensiv darüber debattiert, ob die Förderpraxis und die bisherigen Methoden unserer Situation angemessen sind. Sie sind im Ursprung an den Bedürfnissen der bisherigen Fördergebiete mit Entwicklungsrückständen ausgerichtet worden. Letztlich handelt es sich bei den neuen Ländern aber nicht um schlechthin unterindustrialisierte Entwicklungsregionen. Die Schwierigkeiten ergeben sich vielmehr aus der umfassenden Systemtransformation eines sozialistischen in ein demokratisches und marktwirtschaftliches System.

Schwerpunkt für ein geändertes, auf die Situation in den Transformationsländern ausgelegten Förderinstrument wären etwa großräumige Infrastrukturprojekte,

Programme zur Eigenkapitalförderung, für die grenzüberschreitende regionale Zusammenarbeit, für Privatisierungsprobleme und Beihilfenfragen, marktwirtschaftliches Know how und die Umweltsanierung oder Investitionen in eine moderne Verwaltung. Das wäre auch ein Signal an die östlichen Beitrittskandidaten. Ein Signal, daß wir bereit sind, sie in ihren besonderen Problemen ernst zu nehmen! Dies ist nur ein Beispiel dafür, wie ein Europa-ministerium sich in europäische Entscheidungsprozesse einbringen kann.

Zusammenfassend gilt, die Länder setzen mit einem Ministerium für Europaangelegenheiten ein Signal für Europa gegenüber den eigenen Bürgern und der EU. Gleichzeitig stellen die Landesregierungen, die sich für diesen Weg entscheiden, damit heraus, daß sie Europapolitik nicht als ein Feld erachten, das nebenher erledigt werden könnte, sondern daß sie gewillt sind, mit Kreativität und Ideenreichtum in Entscheidungsabläufe einzugreifen und mit Kompetenz neue politische Akzente zu setzen. Einmal ganz abgesehen davon, daß nach dem „Sieg“ der Regionen in Maastricht viele europapolitische Aufgaben völlig neu wahrzunehmen sind, kann von einem Landesministerium, das die Europapolitik und ihre mannigfaltigen regionalen Bezüge als Ganzes betrachtet, erwartet werden kann, daß es sowohl Impulse für die weitere landespolitische Entwicklung als auch für den weiteren Gang der europäischen Integration zu setzen vermag.

Wir sind weder Europa-Gegner noch Illusionisten, sondern Europa-Realisten

Protest- und Splitterparteien wollen Europa zerstören.

Dies wäre für uns Deutsche lebensgefährlich.

Wir sind aber keine Ideologen, die alles aus Europa verteidigen, nur weil es aus Europa kommt.

Als europäische Realisten wollen wir durch die Reform der Europäischen Union und durch klare Ziele Europa schlank machen und zu einem Erfolg für Deutschland führen.

Dr. Ingo Friedrich MdEP,
Gunzenhausen

Europa - weit und unbekannt

Klaus Weigelt

Wenn Besucher erstmals nach Brüssel kommen, wundern sie sich oft, wie nahe gelegen die europäische Hauptstadt ist: nur zweieinhalb Stunden von Bonn entfernt, anderhalb Stunden hinter Aachen. Auch innerhalb Deutschlands muß der Brüsseler aufklärend wirken: Frankfurt liegt näher an Brüssel als München oder Berlin, Hamburg ebenfalls; Berlin liegt etwas entfernter von Brüssel als München, was nicht politisch gemeint ist. Es geht also Brüssel mit seiner geographischen Lage oft wie Prag nach dem Wegfall des Eisernen Vorhangs: zum Erstaunen vieler lag es westlicher als Wien. Wo aber liegt Brüssel?

Brüssel, die Hauptstadt des Königreiches Belgien, ist aus der Sicht vieler Deutscher noch lange nichts „Eigenes“. Brüssel ist Hauptstadt Europas, und Europa ist „unser“ Europa - oder, wie Bundeskanzler Helmut Kohl sagt: „unsere Zukunft“ -, und doch spielt es in unserem deutschen Denken noch lange nicht die einer solchen Deutung und Bedeutung entsprechende Rolle. Das ist wohl der Grund dafür, daß wir es auch geographisch an den Rand und möglichst aus unserem Blickfeld rücken. In Brüssel fällt auf, daß die vielen Besucher aus Deutschland wie in die Fremde kommen. Wenn man in Deutschland reist, dann reist man im eigenen Land. Aber wenn man nach Brüssel fährt, dann reist man aus Deutschland hinaus „nach Europa“ wie in eine weite Ferne, so als ob das eigene Land nicht auch zu Europa gehörte und wir nicht längst offene Grenzen hätten. Man kommt nach Brüssel und fragt: „Wie geht es in Europa?“

Europa und Deutschland, das sind zwei in unserem Bewußtsein noch nicht zusammengewachsene Perspektiven: es gibt noch kein allgemeines, Deutschland einschließendes europäisches Bewußtsein bei den meisten Deutschen. Das ist bei den anderen Nationen, vielleicht mit Ausnahme der oft mehrere Sprachen sprechenden Menschen in den Benelux-Staaten, aber auch nicht besser. Diese

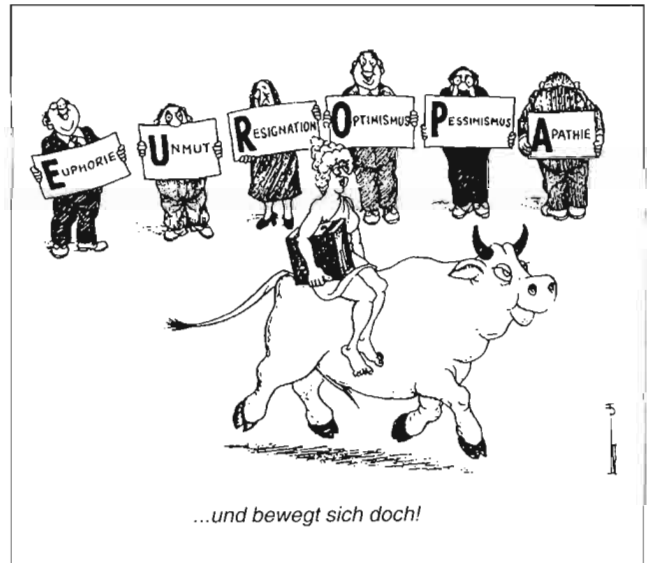
Kluft zwischen den Nationen und Europa ist während der Diskussion um den Vertrag von Maastricht in den letzten zwei Jahren besonders zutage getreten und vielleicht sogar noch größer geworden. Sie war aber schon vorher da, man hatte sie nur nicht bemerkt. Die europäische Einigung ging ihren Gang. Jetzt ist das anders. Deswegen haben viele Politiker die Überwindung der Kluft zwischen Europa und den Bürgern zum Programm erhoben.

In Brüssel selbst ist der europäische Einigungsprozeß in jeder Hinsicht schon weiter vorangeschritten. Dadurch wird die beschriebene Kluft noch größer zwischen dem Bewußtsein der Bevölkerung und dem der sog. Eurokraten, also all derer, die berufsmäßig mit Europa in Brüssel, Luxemburg, Straßburg und anderswo zu tun haben. Diese Kluft äußert sich auf verschiedenen Ebenen: bei den Kenntnissen, den Vorstellungen, den Zielen und in der praktischen Politik.

Das Ausmaß der Unkenntnis ist verblüffend und nicht bestimmten Bildungsschichten zuzuordnen; es geht quer durch die Bevölkerung. Normalerweise kann ein Referent, der in Brüssel zu einer Besuchergruppe sprechen soll, nichts voraussetzen, und muß buchstäblich „bei Adam und Eva“ anfangen. Die europäischen Institutionen, der Rat als Versammlung der Ressortminister, die Kommission als Initiativ- und Verwaltungsorgan der Europäischen Union (EU) mit ihren 17 Kommissaren und über 20 Generaldirektionen und das Europäische Parlament sind zwar dem Namen nach bekannt, in ihren Aufgaben, Kompetenzen, Entscheidungsverfahren und wichtigsten Personen für viele aber weitgehend undurchsichtig. Zwischen Euro-

parat und Europäischem Rat zu unterscheiden fällt oft genau so schwer wie zwischen Europäischem Parlament und Parlamentarischer Versammlung des Europarates, die obendrein beide in Straßburg tagen.

Das Nichtwissen in diesem Bereich, das weitergehende Einsichten in die Vorgehensweise europäischer Politik behindert, ist demjenigen vergleichbar, das wir aus der deutschen Institutionenkunde kennen: auch Bundesrat und Bundestag, der Aufbau und das Verhältnis der drei Gewalten zueinander, das Gesetzgebungsverfahren in Bund und Ländern, der Föderalismus oder der Finanzausgleich sind weitgehend unbekannt, und die politische Meinungsbildung erhebt sich über kaum vorhandenen oder oft sehr brüchigen Wissensfundamenten.



Vorurteile abbauen

Statt eines zuverlässigen Grundwissens verfügen aber viele Staatsbürger über handfeste Vorurteile und haben verschwommene Vorstellungen darüber, was in diesem Brüssel alles geschieht. Genährt werden diese Meinungen von zahlreichen Politikern und den Medien. Da ist allen voran die unausrottbare Auffassung von dem Riesenheer der Brüsseler Bürokraten. Die zahlenmäßigen Schätzungen gehen immer wieder ins Astronomische, und man ist dann sehr erstaunt, wenn man erfährt, daß in allen EG-Einrichtungen zusammen - einschließlich des für die EU unverzichtbaren Sprachendienstes für die

neun EU-Sprachen! - gerade ca. 22.000 Beamte tätig sind, 25 % weniger als in der Stadtverwaltung von Frankfurt, die für ca. 1 Mio. Menschen zuständig ist, während man in Brüssel, Luxemburg und Straßburg für über 340 Mio. Bürger der EU arbeitet.



Brüssels beliebter Anziehungspunkt für Touristen, das Männeken Pis.

Eine andere unzutreffende Vorstellung verbindet sich mit den finanziellen Möglichkeiten der Europäischen Union. Daß ihr Gesamthaushalt mit ca. 125 Mrd. DM (1992) weit unter einem Drittel des deutschen Bundeshaushalts liegt, wird kaum zur Kenntnis genommen; eher schon die Tatsache, daß etwa 80 % dieses Haushalts der Finanzierung der mit Recht kritisierten europäischen Agrarpolitik dienen. In diesem Zusammenhang taucht dann die Formel von Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt auf, Deutschland sei der „Zahlmeister Europas“. Hier wird das sehr schwierige Thema der Nettosalden auf eine einfache und deswegen auch falsche Formel gebracht. Warum? Die EU ist eine Zollunion. Die an ihren Außengrenzen erhobenen Zölle machen etwa 18 % der Eigenmittel der EU aus. Über 30 % dieser Zölle werden von Deutschland erhoben und an die Gemeinschaft abgeführt. Dieser hohe Prozentsatz entspricht der Bedeutung der deutschen Außenhandelsposition. Aber: kann man hier wirklich von einer Zahlung Deutschlands an die EU sprechen, wenn am deutschen

Teil der Außengrenze der europäischen Zollunion Einnahmen erzielt und an die Gemeinschaft abgeführt werden? Das ist zumindest sehr umstritten.

Diese und andere Gründe haben dazu geführt, daß die Europäische Kommission keine Nettosalden veröffentlicht. Ihre Aussagekraft ist begrenzt und anfechtbar, und sie geben ein sehr einseitiges Bild von den Vor- und Nachteilen der Mitgliedschaft in der Gemeinschaft. Aber trotz dieser Sachlage wird immer wieder kritisiert, daß Deutschland zwar zwischen 29 und 30 % zum EU-Haushalt beisteuert, aber nur mit etwa 13 % an diesem Haushalt partizipiert. Daß diese Nettozahlerposition mit zahlreichen Vorteilen verbunden ist, die in dieser simplen (und falschen) Rechnung nicht erscheinen, spielt dann in der hitzigen Debatte oft keine Rolle mehr.

Mit der Vision vom Riesenheer der Eurokraten verbindet sich auch der bekannte Vorwurf der „Regelungswut“ in den Brüsseler Amtsstuben und der Horror vor der Perspektive, von Brüssel aus regiert zu werden. Diese beiden Vorstellungen sind auf zwei Fehleinschätzungen zurückzuführen, einmal darauf, daß der Rat in seiner entscheidenden Bedeutung kaum erkannt wird, obwohl er immer das letzte Wort hat; und zum anderen darauf, daß die Fortschritte, die durch die Vollendung des Binnenmarktes erzielt wurden - also das Programm der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) - noch nicht im Bewußtsein der Bevölkerung angekommen sind. So denkt man z.B. immer noch, daß in der EU alles durch die Kommission bis ins letzte Detail harmonisiert werden solle. Dabei ist längst das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung dem Prinzip der Harmonisierung an die Seite getreten.

Prinzip der gegenseitigen Anerkennung

Das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung besagt, daß ein Produkt, das in einem Mitgliedstaat der EU rechtmäßig hergestellt oder vermarktet wird, auch in allen anderen Staaten angeboten werden darf. So wollte z.B. Deutschland die Einfuhr des französischen Johannisbeerlikörs „Cassis de Dijon“ nicht gestatten, weil dieser lediglich einen Alkoholgehalt von 15-20 % aufweist und die deutsche Gesetzgebung für

Liköre einen Mindestalkoholgehalt von 25 % vorsieht. Der Europäische Gerichtshof entschied nach dem Prinzip der gegenseitigen Anerkennung zugunsten einer Einfuhr von „Cassis de Dijon“ nach Deutschland; ebenso können inzwischen auch Bier und Wurst aus anderen Mitgliedstaaten nach Deutschland und Spaghetti nach Italien eingeführt werden. Diese Regelung hat sich also als eindeutig verbraucherfreundlich erwiesen.

Doch das Prinzip der gegenseitigen Anerkennung hilft nicht überall. Für den Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutz müssen gemeinsame Mindeststandards festgelegt werden. Aber auch hier gibt es zahlreiche Varianten für das Erreichen eines hohen Schutzniveaus. Die neuen EG-Richtlinien verzichten so weit wie möglich auf die Festlegung technischer Einzelheiten und stellen nur Erfordernisse auf, denen die technischen Standards in den Mitgliedstaaten genügen müssen. Anstatt also wie bisher sämtliche zulässigen Bremssysteme in einer Richtlinie mit allen technischen Details zu beschreiben, wird nur noch festgelegt, daß ein mit X km/h fahrendes Auto auf Y zum Stehen gebracht werden muß. Es bleibt den auf nationaler und internationaler Ebene bestehenden Fachgremien überlassen, die technischen Einzelheiten der Bremssysteme festzulegen, die diesen Anforderungen entsprechen.

Entscheidend bei allen diesen Verfahren ist immer wieder der Rat, in dem die nationalen Interessen immer wieder eine große Rolle spielen. Wo hört das Schutzerfordernis für die eigenen Bürger auf, und wo fangen die nichttarifären Handelshemmnisse an? Großbritannien z.B. behindert den europäischen Binnenmarkt für Textilien, indem es die Einfuhr für alle Textilien verbietet, die nicht eine bestimmte, in Großbritannien vorgeschriebene Imprägnierung durch Brandschutzmittel aufweisen. Diese Mittel aber sind z.B. in den USA als krebserregend verboten und werden auch in den Mitgliedstaaten der EU nicht angewandt. Will also Großbritannien hier nur seine Textilindustrie schützen, oder geht es wirklich um einen Verbraucherschutz? Die Kommission hat jetzt den Schwarzen Peter und sucht einen Ausweg über eine Harmonisierungsrichtlinie. Sicher wird sie sich bald - sehr zu Unrecht - die Kritik aller europäischen Medien zuziehen, wie im Fall der Badewasser-Richtlinie, wo es um die

Sauberkeit von mehreren tausend offenen Badestellen in Europa geht: hier aber wirklich zugunsten der Gesundheit der Bürger und nicht deswegen - wie der bayerische Ministerpräsident mutmaßte - weil die Kommission in Brüssel nichts anderes zu tun hat, als sich um das Wasser in der Isar zu kümmern.

Richtig ist natürlich an vielen Äußerungen der Kritik gegenüber Europa, daß angesichts vieler Details - Bananen, Schweinepest, Badewasser, Fischfangquoten, Stahlproduktion usw. - die europäische Zieldimension oft verschwimmt oder ganz aus dem Blick gerät. Aber ist das denn im nationalen Kontext anders? Wir leben doch in Deutschland nach der Einheit auch nicht ständig mit der schönen Vision des vereinigten Vaterlandes vor Augen, sondern der politische Alltag ist geprägt vom Streit zwischen den Tarifpartnern um Löhne und Arbeitszeit, vom Streit zwischen den Parteien um Steuern und Verschuldung, um Pflegeversicherung und den § 218 StGB, vom Streit der Länder mit dem Bund und der Länder untereinander um die Aufteilung der Einnahmen und die Zuweisung der Aufgaben. Auf europäischer Ebene erleben wir im Prinzip nichts anderes, und der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf hat neulich in Brüssel gesagt, es sei ein Zeichen europäischer Normalität, wenn die Deutschen sich über niederländische LKW auf deutschen Autobahnen ärgerten. Das ist ein zutreffender Ansatz: Übergang zur Normalität im Umgang miteinander.

Akzeptanz Europas als gemeinsame Zukunft

Voraussetzung dafür ist aber gleichzeitig die Akzeptanz Europas als Realität und als gemeinsame Zukunft. Heute stört es niemanden mehr, wenn im Deutschen Bundestag zu einem Tagesordnungspunkt ein Brandenburger, ein Rheinländer, ein Sachse und ein Bayer sprechen. Das war vor gerade hundert Jahren durchaus nicht normal. Diese Gemeinsamkeit in der demokratischen Tradition haben gerade wir Deutsche mühsam einüben müssen. Deswegen ist es reaktionär, wenn eine deutsche Wochenzeitung sich darüber mokiert, daß im Europäischen Parlament sich Griechen und Portugiesen zu bestimmten Tagesordnungspunkten äußern und deren Sachverstand und Zu-

ständigkeit anzweifelt. Schon in wenigen Jahren wird es genauso selbstverständlich sein, daß sich ein Italiener im Europäischen Parlament über den Hamburger Hafen äußert, wie es heute normal ist, daß ein Badener im Deutschen Bundestag über die wirtschaftliche Entwicklung in

bei ihren Besuchen in Brüssel. Sie finden aber keine hinreichende Infrastruktur des möglichen Engagements mehr vor in Deutschland. Diese ist in den letzten Jahrzehnten mehr und mehr verfallen. Engagement muß von unten aufgebaut werden, erzieherisch fördernd, fordernd



Blick auf die Grande Place, das Zentrum der Brüsseler Altstadt. Brüssel ist übrigens - entgegen vielen Vorurteilen von Menschen, die sich hauptsächlich in Amtsstuben der europäischen Hauptstadt aufhalten - eine sehr schöne Stadt mit attraktiver Umgebung

Ostdeutschland spricht. In vielen Köpfen ist diese Perspektive aber noch nicht drin. Da gilt es noch viel zu tun.

Ein Besuch in Brüssel motiviert. Das ist eine allgemeine Erfahrung. Die Gespräche räumen mit den Vorurteilen auf, bringen klare und perspektivische Informationen, schaffen Kontakte mit sehr engagierten Menschen, die aus allen Ländern Europas kommen und gemeinsam an einer Aufgabe zusammenwirken. Die Begeisterung, mit der das geschieht, die Welt-offenheit, die polyglotte Atmosphäre, das freundschaftliche Klima, das alles steckt an. Wie kann man diesen Funken am Glühen erhalten, wenn die Gruppen wieder nach Hause kommen und dort beim abendlichen Fernsehen wieder die notorische Brüsselschelte über sie niedergeht, die jedes Engagement schon im Keim erstickt?

In Brüssel kann man erfahren, daß in unserem Europa „*mea res agitur*“, daß es hier um meine Sache, meine Zukunft geht und daß in dem Programm, das hier entfaltet wird - bei aller Kritik, die man im Einzelfall daran üben kann - die Zukunft unseres Kontinents liegt. Das ist eigentlich faszinierend, und gerade viele Jugendliche sehen und erkennen das auch

und leitend - Mut zu Erziehung! - es muß über die Gemeinde, den Kreis, das Land und die Nation langsam wachsen Richtung Europa und auch wieder zurückstrahlen können. Daran hapert es, ein solches Netzwerk gibt es nicht, und darum hängt die europäische Idee heute mehr denn je in der Luft.

Deswegen kann man von Brüssel aus nur fordern: mehr erlebnisorientiertes und engagementförderndes und -forderndes Lernen auf allen staatsbürgerlichen Ebenen. Die Erziehung zum pflicht- und verantwortungsbewußten Staatsbürger sollte wieder mehr ins Zentrum der Bildungsarbeit gestellt werden. Information und Kommunikation sind wichtig, ja unerläßlich, aber sie genügen nicht. Wenn man vom Selbstbedienungsstaat und vom Umverteilungseuropa zu „unserem Europa“ und zu „unserem Vaterland“ kommen will, dann muß man den Menschen auch die Kennedy-Formel abverlangen: Fragt nicht, was Europa und Deutschland für euch tun - „Was bringt Europa dem Bürger?!“ -, sondern fragt, was ihr für Deutschland und Europa tun könnt! ■

Anm.:

Klaus Weigelt leitet das Europa-Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Brüssel

Diakonie in Europa

Axel Führ

In keinem Land der Europäischen Union gibt es vergleichbare soziale Strukturen, in denen Kirche und ihre Werke eine wesentliche, unabhängige Rolle in der Sozialpolitik - als ein Teil des sozialen Sicherungssystems - spielen, wie in Deutschland. Entweder liegt eine strenge Trennung von Kirche und Staat vor (Frankreich) oder die Kirche ist ein Teil des staatlichen Systems als Staatskirche (England). Die Kirche in Griechenland setzt ihren Schwerpunkt in die Anbetung und nicht so sehr in die soziale Verpflichtung. Aus diesen Gründen ist es schwierig, die Freie Wohlfahrtspflege im EU-Europa für unsere weltlichen und kirchlichen Partner verständlich zu machen. Wenn in Europa von Subsidiarität gesprochen wird, ist meistens Föderalismus und nicht der bedingte Vorrang Freier Wohlfahrtspflege gemeint.

Die Maastrichter Protokollerklärung zu der Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege ist eine Einstiegsmöglichkeit für die Kirche und ihre Diakonie, mit den Gremien der Europäischen Gemeinschaft ins Gespräch zu kommen. Dies insbesondere deshalb, da es das erste Mal ist, daß die Wohlfahrtspflege von der Kommission offiziell zur Kenntnis genommen wurde. So heißt es im Text: „Die Konferenz betont, daß zur Erreichung der in Artikel 117 des Vertrages zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft genannten Ziele, eine Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft mit den Verbänden der Wohlfahrtspflege und den Stiftungen als Träger von sozialen Einrichtungen und Diensten von großer Bedeutung ist.“

Ein erster Schritt in die richtige Richtung ist die Eröffnung der Brüsseler Dienststelle des Diakonischen Werkes der EKD. Bietet das Büro doch die Möglichkeit, Informationen frühzeitig aus erster Hand direkt von der Kommission zu bekommen. Auch wird daran gearbeitet, die sozialpolitische Diskussion auf europäischer und deutscher Ebene zu beeinflussen.

Mitte Januar 1993 hat die Kommission eine Dienstanweisung an alle Mitarbeiter verschickt, in der der offene und geregelte Dialog zwischen Kommission und Interessenverbänden festgelegt wurde. Neben der EU-Kommission beabsichtigt auch der Ministerrat, künftig seine Tätigkeit mit offenen Aussprachen über sein Arbeitsprogramm transparenter zu gestalten. Die Maßnahmen der Kommission zielen auf die Vorbereitungsphase von Vorschlägen und Entscheidungen ab, um so früh wie möglich Kritik und Anregungen zu erhalten. Es ist beabsichtigt, mittels Anhörungen - wie wir sie in Deutschland kennen - die Vorschläge und Entscheidungen der Kommission zu verbessern. Das jährliche Arbeitsprogramm soll ab 1994 jeweils im Oktober veröffentlicht werden. Hierbei soll über den Inhalt des Gesetzgebungsprogramms informiert werden. Es sollen sogenannte „Grünbücher“ erstellt werden, um allen an den jeweiligen Themen interessierten Gruppen verstärkt die Möglichkeit einzuräumen, ihre Ansichten der Kommission gegenüber darzulegen.

Der Kommission wird es damit ermöglicht, vor Ausarbeitung formaler Vorschläge auf diese Grünbücher zurückzugreifen. In diesen Büchern soll auch der Rahmen fixiert werden, innerhalb dessen die Interessenvertretungen ihren Standpunkt darlegen können. Die EKD und das Diakonische Werk der EKD haben eine gemeinsame Stellungnahme zur geplanten Grünbuch der Kommission zur Europäischen Sozialpolitik abgegeben und erarbeiten z.Zt. eine detaillierte Erörterung zum zwischenzeitlich erschienenen Grünbuch.

Ferner ist ein sogenanntes „Bekanntmachungsverfahren“ vorgesehen. Dies bedeutet, daß die Kommission im Amtsblatt die Kurzfassung geplanter Initiativen veröffentlicht und gleichzeitig darüber informiert, wie man Exemplare der entsprechenden Dokumente erhalten kann, um gerade die Möglichkeit einer Stellungnahme zu geben.

Hier liegt das Aufgabenfeld, in dem die Kirche und ihre Diakonie im europäi-

schen Einigungsprozeß gefordert sind. Es ist der diakonische Weg in - und für Europa zu finden. Der Weg hin zu einer Diakonie in Europa ist mühsam, aber doch die einzige Möglichkeit, unserem Auftrag des Dienstes am Menschen im EU-Europa gerecht zu werden.

Schwierig ist der Weg deshalb, da zum einen die europäischen reformatorischen Kirchen in sich noch zu zersplittert sind. Die Leuenberger Konkordie, die im Mai 1994 in Wien tagt, steht vor einer großen Aufgabe in der weiteren Zusammenführung der protestantischen Kirchen. Das Bewußtsein hierfür ist gewachsen, befaßt man sich in Wien doch mit Themen wie „Europäische Herausforderung an Zeugnis und Dienst der evangelischen Kirchen“ und „Die Kirche von England und die Leuenberger Kirchengemeinschaft in Europa - Chancen, Grenzen, Möglichkeiten“.

Zum anderen sind von 325 Millionen EU-Bürgern lediglich 67 Millionen Protestanten und 10 Millionen Orthodoxe. Hierbei spielt die EKD verständlicherweise eine dominierende Rolle, die jedoch Ängste vor Bevormundung bei unseren Partnern in Europa aufkommen läßt. Die Eurodiaconia, ein Zusammenschluß diakonischer Organisationen im EU-Europa, soll helfen, das Verständnis untereinander durch gegenseitige Information und gemeinsames Handeln zu fördern und Ängste abzubauen. Mitglieder der Eurodiaconia sind diakonische Organisationen aus Frankreich, Holland, Dänemark, Italien, Belgien, Schweiz, der Tschechischen und Slowakischen Republik und Deutschland. Weitere Organisationen wollen folgen.

Zusammenschluß der Diakonie

Wichtig hierbei ist jedoch, vorhandene und bewährte europäische diakonische Strukturen in diesen Verständigungs- und Handlungsprozeß mit einzubinden. Hierbei ist zum Beispiel an den Europäischen Verband für Diakonie zu denken. Die genannte Organisation hatte in unserer europäischen Arbeit eine wesentliche Rolle gespielt und muß diese unter veränderten Vorzeichen weiterhin wahrnehmen. Durch die Eurodiaconia wird diese Arbeit nicht überflüssig, sondern die grundsätzlich diakonische Arbeit des Verbandes soll durch die konkret EU-bezogenen Initiativen der Eurodiaconia lediglich ergänzt werden. So ist angestrebt, daß die Eurodiaconia, als ein

europäischer Zusammenschluß der Diakonie, als Informations- und Beratungsorgan mit der Kommission tätig wird. Erste Schritte einer gemeinsamen Arbeit wurden erfolgreich eingeleitet.

Es bleibt jedoch festzuhalten: Eine europäische diakonische Doppelstruktur können und wollen wir uns nicht leisten. Stichworte wie: Wettbewerb und Säkularisierung beherrschen die Diskussion in der Diakonie. Hierauf müssen wir in einem EU-Europa eine Antwort suchen und finden. So vielgestaltig die Diakonie mit ihren großen Einrichtungen und ihren sozialen Diensten vor Ort ist, so verschieden können die Antworten ausfallen.

Mehr Wettbewerb und Konkurrenz

Mit Sicherheit kann gesagt werden, daß die Öffnung der Diakonie nach Europa zu mehr Wettbewerb und Konkurrenz führen wird. Unsere bedeutenden Träger dürften zum großen Teil hierauf vorbereitet sein, zumal die sozialen Dienstleistungen, die sie erbringen, qualitativ hochstehend sind. Wir müssen keine Angst vor der Konkurrenz in Europa haben. Die „kleinen“ sozialen Dienste vor Ort, die häufig auf ehrenamtliche Arbeit angewiesen sind, fallen im Wesentlichen nicht unter die Bedingungen des Marktes, denn mit ihrer Arbeit ist „kein Geld zu verdienen“. Sie müssen sich jedoch auf neue Finanzierungswege ein-

stellen. Es wird erst die Zukunft zeigen, ob unser soziales Sicherungssystem in Deutschland in der EU unverändert weiter bestehen kann. Der bedingte Vorrang der Freien Wohlfahrtspflege steht vor der großen Gefahr, im europäischen Kontext als wettbewerbsverzerrend angesehen zu werden. Für einen ausländischen freien Anbieter eines sozialen Dienstes - wie z.B. ambulante Pflege oder Unterhaltung eines Altersheimes - ist es nicht verständlich, daß die Freie Wohlfahrtspflege bei Vergabe von Projekten Vorrang genießen soll.

Es könnte der Fall eintreten, daß Kirche und ihre Diakonie im zukünftigen Europa eine Dreiteilung ihres Dienstes und ihrer Arbeit in

- kirchlichen Dienst
- karitativen Dienst und
- gewerblichen Dienst

hinnehmen muß. Im Klartext: Das deutsche soziale Sicherungssystem könnte zur Disposition stehen. Die Finanzierungsgrundlagen der Diakonie würden entfallen, da im Bereich Kirche und Diakonie die großen Einrichtungen die kleinen Sozialstationen mitfinanzieren.

Religiöse Identität in der heutigen Zeit

Es geht um die Frage der religiösen Identität in einer säkularisierten Gesellschaft. Hierbei dürfen wir uns nicht im Gegensatz zu Säkularisierung

und Pluralismus sehen, denn „Entkirchlichung“, die sich in Gestalt kultureller Säkularisierung vollzieht, bedeutet nicht notwendig auch „Entchristlichung“. „Wir müssen mit Mut, Phantasie und Liebe die missionarische Herausforderung annehmen. Es gibt keine Rückkehr zu kirchlichen Machtansprüchen, die nie einen Anhalt im Evangelium hatten. Vielmehr geht es darum, allen Menschen zu bezeugen, wer Christus heute für sie ist“ (Prof. Jünger).

Zwei Folgerungen sind für die Kirche und ihre Diakonie zu ziehen:

Wir müssen unsere bisher unwissende und passive Haltung gegenüber Europa aufgeben. Wir dürfen nicht darauf vertrauen, wie bei uns in Deutschland rechtzeitig gefragt zu werden, ob die wirtschaftliche und soziale Entwicklung im EU-Europa unseren Vorstellungen entspricht.

Wir müssen unsere defensive und abwehrende Haltung gegenüber der europäischen Integration im sozialen Bereich aufgeben. Wir müssen aktiv und konstruktiv am Aufbau einer europäischen Sozialpolitik - Stichwort: Christliche Sozialcharta - mitwirken. Das Beharren auf alten Strukturen und Systemen gefährdet unseren Platz im sozialen Sicherungssystem.

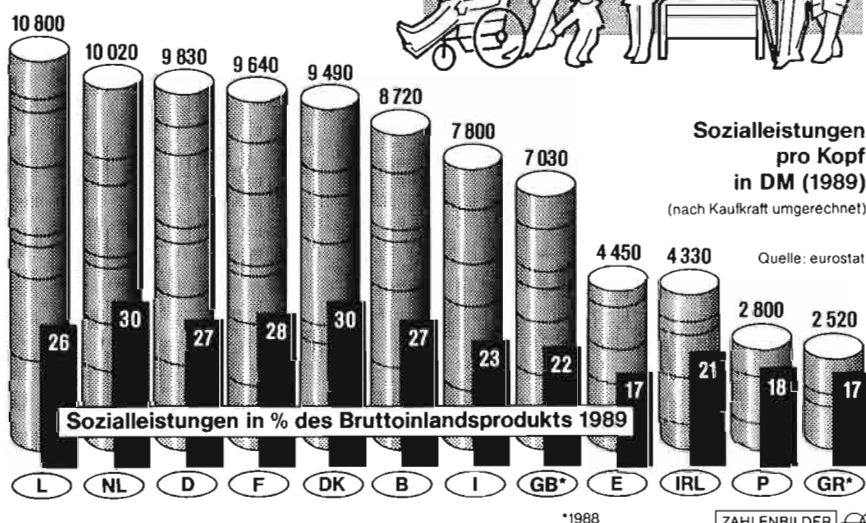
Wir müssen im Integrationsprozeß in Europa unsere Vorstellungen verständlich machen, um die Möglichkeit zu eröffnen, die deutschen positiven sozialpolitischen Traditionen einbringen zu können.

Die Budapester Versammlung evangelischer Kirchen in Europa vom März 1992 stellte zu Recht fest: „Alle Christinnen und Christen bitten wir: Stellt Euch der Aufgabe, am Gemeinwohl mitzuwirken, tut etwas für das Gelingen der Demokratie. Zieht Euch nichts ins Private zurück. Übernehmt Verantwortung in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft. Nehmt Rücksicht auf die Umwelt und setzt Euch dafür ein, daß eine gesamteuropäische Sozialcharta verabschiedet und in die Praxis umgesetzt wird, die ein menschenwürdiges Leben aller ermöglicht.“

Anm.:

Axel Führ leitet die Dienststelle Brüssel des Diakonischen Werkes der EKD

Europa sozial



Nation - ein vergessenes oder verdrängtes Thema?

Christian Walther

Den Deutschen wird nachgesagt, daß sie eine schwierige Nation seien. Auffällig ist jedenfalls, daß jene Unbefangenheit im Umgang mit dem Thema Nation fehlt, die Menschen anderer Nationen durchaus an den Tag legen. Zu einer Nation zu gehören ist für sie etwas Selbstverständliches. Die Gründe dafür, daß dies bei uns nicht so ist, liegen auf der Hand. Die Pervertierung des Nation-Begriffs in der jüngsten deutschen Geschichte wirkt hier ebenso nach, wie überhaupt eine aus grundsätzlichen Erwägungen hervorgehende Skepsis gegenüber diesem Begriff und den mit ihm verbundenen Mißverständnissen festzustellen ist.

Vielen erscheint er als zunehmend obsolet. Er hat den Charakter eines Un-Begriffs, mit dem allenfalls etwas Abstraktes aber kein eigentliches Subjekt bezeichnet wird, dem auch keine Verantwortung zugerechnet werden kann. Zudem geht von ihm der fatale Impuls aus, Volk und Staat zu mythisieren und solchen Mythos dann zur Weckung kollektiver Emotionen zu mißbrauchen. Ihren Anhalt finden solche Urteile an den Überdehnungen des Nation Begriffs im Zusammenhang der Entwicklung der Nationalstaaten. Sie ließen die Nation zu einem Überwert werden, zu einem ideologischen Humus, auf dem ein chauvinistischer Nationalismus kräftig gedeihen konnte.

Die Kritik an Überdehnungen und Verzerrungen des Nation Begriffs hat ihr unbestreitbares Recht. Aber sie darf nicht zum Anlaß werden, darüber zu vergessen, daß die Nation immer auch eine ganz spezifische Herkunft und Zugehörigkeit meint, die nicht beliebig interpretierbar ist. Im Blick auf die deutsche Geschichte und das, was im Namen der deutschen Nation in ihr angerichtet worden ist, mag man es für verständlich halten, wenn aus einem Respekt heischen den Schamempfinden heraus die Nation zu einem verdrängten Thema wurde. Aber damit sind wir unser Verhaftetsein an die deutsche Nation nicht los. Wir tragen immer an ihren Größen aber auch -

und heute erst recht - an ihren Schwächen mit. Wenn dem aber so ist, dann muß es heute darum gehen, erneut die Auseinandersetzung mit diesem Thema aufzunehmen. Dafür sprechen zwei überzeugende Gründe.

- Es gehört zu den Merkmalen der Gegenwart, daß bereits wieder die Hydra des Nationalismus ihre Köpfe erhebt. Wer nicht will, daß der Ungeist des Nationalismus die Köpfe verwirrt, darf die Behandlung des Themas Nation nicht den Vertretern jenes Ungeistes überlassen. Er muß sich selber dieses Themas annehmen und an dem Mühen beteiligen, den Nation Begriff zu einer zeitgemäßen, nicht nationalistischen und nicht egoistischen Weise zu definieren. Dazu gehört dann unabdingbar die Auseinandersetzung mit einem Nation-Verständnis, das unzeitgemäß nationalistisch eng und egoistisch die eigene Nation verherrlicht, indem es andere Nation-Verständnisse diffamiert.

Es geht also um einen reflektierten Umgang mit der Nation, um das Vermögen, Weisen solchen Umgangs problematisieren, relativieren und kritisieren zu können. Dem Protestantismus ist bescheinigt worden, daß er im Guten wie im Schlechten an dem Verständnis dessen, was deutsche Nation heißt, mitgewirkt hat. Er ist heute herausgefordert, erneut seinen Beitrag zu leisten, was es heißt, ein Deutscher zu sein, und was es auf keinen Fall mehr oder wieder heißen darf.

- Der zweite Grund, warum es notwendig ist, das Thema Nation wieder aufzugreifen, besteht in dem Zusammenrücken von Nationen mit unterschiedlichen Kulturen, Sprachen und Mentalitäten in Europa. Zu sagen, was man meint, wenn man sich als Angehöriger einer bestimmten Nation zu erkennen gibt, ist eine geradezu unverzichtbare Voraussetzung dafür, daß man sich verstehen und in immer wieder notwendigen politischen wie anderen Kommunikationsprozessen verständigen kann.

Es ist kaum anzunehmen, daß eine europäische Gemeinschaft sich auf der

Grundlage nationaler Identitätslosigkeit entwickeln wird. Damit sind wir aber erneut herausgefordert, unseren Partnern in Europa und darüber hinaus nicht die Mühe schuldig zu bleiben, unsere nationale Identität wieder kenntlich zu machen. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Konsequenzen, die aus der Geschichte unseres Volkes gezogen werden müssen, nicht umgangen werden dürfen. Wir sind eben nicht nur wer als Wirtschaftsmacht oder Beitragszahler zur europäischen Union, als Vertragspartner der NATO oder den Vereinten Nationen. Wir tragen vor allem immer auch die Schuld mit, die unser Volk sich aufgeladen hat. Aber das verurteilt uns nicht zur Geschichtslosigkeit, wie es uns allerdings auch davor bewahren will, unsere Partner durch unüberlegte Sprachwendungen zu irritieren.

Die Tatsache, daß Deutschland erneut eine Einheit geworden ist, zu der übrigens unsere europäischen Partner auch ihren Beitrag geleistet haben, macht uns weder zu einem dominanten politischen Faktor in der Welt, noch rückt es gar andere Nationen an die Peripherie.

An einem positiven Bild arbeiten

Die Auseinandersetzung mit dem Thema Nation ist zweifellos schwierig. Sie ist für viele sicher auch aus unterschiedlichen Gründen unbequem. Aber sie ist aus wohlverstandenen nationalen Interesse, das Europa heißt, unumgänglich. Um ein Bild zu gebrauchen: Sie gleicht einer Bootsfahrt auf einem wilden Strom. Wir dürfen nicht erwarten, daß andere uns davor bewahren, in den Strudeln von Nationalismus und Rassismus zu kentern. Das müssen wir schon selber tun. Je eher wir mit dem Rudern beginnen, desto besser. Nur, es erschöpft sich nicht in bloßen verbalen Deklamationen und Verurteilungen nationalistischen und rassistischen Ungeistes. Wir sind es unseren Partnern schuldig zu sagen, wie wir es mit unserer Zugehörigkeit zur deutschen Nation halten, wer wir sind und wofür wir auf keinen Fall gehalten werden wollen. Nur auf diese Weise werden wir hoffen können, das Bild vom häßlichen Deutschen durch ein anderes Verständnis ersetzt zu sehen. Daß das geschieht, dafür ist jeder Deutsche verantwortlich. ■

Anm.:

Dr. Christian Walther ist emirierter Professor in Hamburg

**Erste Publikation
für den
Hamburger Kirchentag
erschienen**

In einer Auflage von 120.000 Exemplaren ist dieser Tage die erste Vorauspublikation für den 26. Deutschen Evangelischen Kirchentag erschienen, der vom 14. bis 18. Juni 1995 in Hamburg stattfinden wird. Gruppen aus Kirche und Gesellschaft können sich wieder an der Vorbereitung und Mitgestaltung des Marktes der Möglichkeiten sowie kommunikativer Angebote beim Kirchentag beteiligen. Bedingung ist der Bezug auf die Losung „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist“ (Micha 6,8) und auf die Themen der vier Themenbereiche. Bewerbungsschluß für alle mitwirkenden Gruppen ist der 30. Juni 1994.

Das Präsidium des Kirchentages hat sich bei seiner letzten Sitzung diesmal für vier Themenbereiche entschieden. Themenbereich 1 heißt „Glauben in unübersichtlicher Zeit“, Themenbereich 2 „Ordnungen, die den Menschen dienen“, Themenbereich 3 „Arbeit für das Leben“ und Themenbereich 4 „Vorbilder und Bilder des Menschen“.

Das Präsidium ist bei seiner Entscheidung davon ausgegangen, daß in einer Zeit der allgemeinen Orientierungslosigkeit versucht werden muß, neue Maßstäbe für verantwortliches Handeln zu setzen und zu einem Leben in christlicher Verantwortung zu ermutigen. Die Entscheidung über Arbeitsgruppen, Themen und Foren erfolgt nach Beratungen in der Präsidialversammlung und im Präsidium Ende Mai dieses Jah-

res. Die Publikation ist über die Landesausschüsse des Kirchentages und das Zentrale Büro des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Postfach 480, 36004 Fulda, kostenlos erhältlich. ■

**„Verantwortung vor Gott
und den Menschen“
gehört in eine zukünftige
Europäische Verfassung**

Günzenhausen. „Alle von Menschen verursachten Katastrophen in der Weltgeschichte und in der Gegenwart, vom Holocaust bis zum Völkermord, haben ihre Ursache in der Abkehr der Völker von Gott. Angesichts des Vordringens des Atheismus in Europa und wegen der christlichen Wurzeln Europas, gehört der Hinweis auf die Verantwortung der Völker vor Gott und den Menschen auch in eine zukünftige Europäische Verfassung. Die in und für Europa geltenden humanen Werte sind zunächst christliche Werte, für die der endgültige Bezugspunkt im Transzendenten und damit in Gott zu sehen ist. Diese Erkenntnisse müssen für die künftige Entwicklung Europas zur Grundlage gemacht werden.“ Die Formulierung „in Verantwortung vor Gott und den Menschen“ findet sich auch im Deutschen Grundgesetz von 1949 und hat sich für Deutschland bewährt. Aus all diesen Gründen haben wir CSU-Europaabgeordneten einen entsprechenden Antrag im Straßburger Parlament gestellt, dem sich inzwischen 25 Abgeordnete anderer Fraktionen angeschlossen haben.

Die Abstimmung über den Antrag findet in Straßburg statt.

Dr. Ingo Friedrich MdEP
(Stellvertretender EAK-
Bundesvorsitzender) ■

**Bündnis 90/Die Grünen
für schrittweise
Abschaffung
der Kirchensteuer**

Bonn. Die Trennung von Kirche und Staat sowie die schrittweise Abschaffung der Kirchensteuer fordern Bündnis 90/Die Grünen im Entwurf ihres Parteiprogramms, der auf dem Parteitag beraten wurde.

Der Staat müsse zwar die Glaubens- und Gewissensfreiheit schützen, kirchliche und staatliche Aufgaben dürften aber nicht verquickt werden, heißt es.

In einem Änderungsantrag spricht sich die „Bundesarbeitsgemeinschaft Christinnen und Christen“ für die Beibehaltung der Kirchensteuer aus. Der Wegfall gehe auf Kosten des sozialen Netzes, so die Begründung.

Die Grünen fordern weiter eine Reform der Militärseelsorge, die nicht länger eine „kirchliche Tätigkeit in staatlicher Trägerschaft“ sein dürfe. Zudem soll nach dem Willen der Partei der konfessionelle Religionsunterricht von einem gemeinsamen religions- und lebenskundlichen Unterricht für alle Kinder abgelöst werden.

(aus: epd) ■

Bücher

**Angela Merkel:
In Unruhiger Zeit -
Reden und Aufsätze aus
drei Jahren deutscher Einheit
Parerga-Verlag,
Düsseldorf 1994**

Für den politischen Weg Angela Merkels gibt es in der Bundesrepublik Deutschland keinen Vergleich. Mit dem Zusammenbruch der DDR und der Wiedervereinigung Deutschlands ist sie in kürzester Zeit in höchste Ämter des Staates und der CDU gekommen. Wer ist Angela Merkel, was denkt sie?

Die in diesem Band ausgewählten Reden und Aufsätze geben einen Einblick in das politische Wirken und in die Vorstellungen von Angela Merkel.

Sie spiegeln nicht nur politische Entwicklung in den ersten Jahren der Einheit Deutschlands wieder, sondern machen auch sichtbar, was Angela Merkel mit in diese Einheit eingebracht hat.

Die Texte zeigen, daß die politischen Themen Angela Merkels sich nicht auf den vermeintlich engen Bereich der Frauen- und Jugendpolitik beschränken.

Ob es um Vorstellungen darüber geht, wie eine moderne Gesellschaftspolitik aussehen könnte, oder um den Umgang mit der Last der Vergangenheit, ob es um die Zukunft Europas oder um die Notwendigkeit geht, neues Denken zum Schutz der Umwelt einzufordern, Angela Merkel hat etwas zu sagen.

Ihre Sicht der Dinge ist für den Leser aus dem Westen ungewohnt, aber von großer Glaubwürdigkeit. ■

Christliche Demokraten?

Chemnitz. „Welchen Platz haben christliche Grundwerte im Programm der sächsischen CDU?“ - dazu sprach **Dr. Fritz Hähle**, 1. stellvertretender Landesvorsitzender der CDU in Sachsen, auf einer Veranstaltung des EAK Chemnitz. In der anschließenden Diskussion wurde deutlich, welcher Spannung und Distanz politisch konservative Christen im Verhältnis zu ihrer Kirche oft ausgesetzt sind; im Osten wohl in besonderer Form.

Der EAK Chemnitz-Stadt und Chemnitz-Land konstituierte sich bereits im September 1993 als erster Kreisverband in Sachsen. Zum Vorsitzenden wurde Wolfgang Wetzels, zu Stellvertretern **Bärbel Markert** und **Dr. Helmut Rotsch** (alle Chemnitz) gewählt. Derzeit engagieren sich ca. 20 Mitglieder für das Anliegen des EAK in der Chemnitzer Region.

gewählt. Nachdem bereits in Chemnitz ein regionaler Arbeitskreis gebildet wurde und in Annaberg, Leipzig und Hoyerswerda in Kürze Arbeitskreise gebildet werden, gehört Dresden zu den ersten Regionen, in denen Basisorganisationen des EAK der CDU in Sachsen entstehen. Namens des Landesvorstandes werden durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden des EAK Sachsen und Mitglied des Bundesvorstandes des EAK, **Dietmar Franke** MdL, dem Dresdner Arbeitskreis eine erfolgreiche Arbeit gewünscht und gewissermaßen zum Geleit die folgenden Grußworte vorgetragen: „Nachdem ein kleiner Kreis von Interessierten bereits seit 1990 im Bundesarbeitskreis des EAK der CDU/CSU mitgearbeitet hat, bereits im Jahr 1991 und 1992 teilweise recht stark besuchte Veranstaltungen des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Dresden und Meißen stattgefunden haben und Anfang Mai vorigen Jahres ein Landesvorstand gewählt wurde, sollen nun auch regionale Strukturen des EAK aufgebaut werden. Mit diesen regionalen Arbeitskreisen wird die eigentliche Basis für die Wirkung des EAK innerhalb der CDU und der CSU hergestellt.“

Dr. Peter Schumann wurde zum Vorsitzenden gewählt. Der Vorstand bereitet eine erste Veranstaltung vor. Das 1. Dresdner Gemeindegottesdienst „Ist Gerechtigkeit möglich?“ mit Pfarrer Harald Bretschneider und Minister Dr. Hans Geisler ist für den 4. 5. 94 vorgesehen.

„Die politische Verantwortung der Kirche“

Ulm. „Der beste Staat kann uns nicht erlösen, auch die Kirche kann es nicht“, meinte Rolf Scheffbuch. „Nur der lebendige Gott kann uns erlösen.“ Der „Evangelische Arbeitskreis der CDU hatte den Prälaten eingeladen, um über die politische Verantwortung der Kirche zu sprechen.“

Rolf Scheffbuch forderte die Abkehr von der Ideologie der Postmoderne („Jeder ist sich selbst der Nächste“), denn

diese Auffassung sei aus biblischer Sicht der Inbegriff der Sünde. „Wir brauchen Leute, die ihren Glauben leben“, sagte Scheffbuch.

Fähige junge Menschen aus kirchlichen Kreisen sollten in die Politik gehen, meinte er. In den demokratischen Parteien seien die Christen das „Salz der Erde“.

Aus ihrer calvinistischen und zwinglianischen Tradition heraus stehe die evangelische Kirche der Macht oft kritisch gegenüber, erklärte der Ulmer Prälat. „Die evangelische Kirche soll dem Staat nicht als prophetische Minderheit gegenüberstehen“, meinte Scheffbuch.

Die Kirche sei nicht Partnerin des Staates, sondern Teil von ihm. Der Staat lasse der Kirche alle Freiheiten, sich zu entfalten. „Die Kirche, das sind Menschen, und nicht die Organisation einer Amtskirche“, stellte Scheffbuch klar. Menschen, die Werte leben, seien gefragt.

Das Problem der protestantischen Kirche sei heute, daß sie nicht im Pluralismus eine Position vertrete, sondern in sich eine pluralistische Kirche sei.

Gründung des „Evangelischen Arbeitskreises der Region Dresden“

Dresden. Am 16. Februar wurde in Dresden ein regional auf Dresden und Umgebung ausgerichteter Arbeitskreis des EAK gegründet und ein Gründungsvorstand

Info-Tag: „Nachwachsende Rohstoffe“

Samstag, 21. Mai 1994

9-15 Uhr

Marktplatz, Güstrow

Bundeslandwirtschaftsminister Jochen Borchert und weitere Bundes- und Landespolitiker stehen für Gespräche zur Verfügung.

An Info-Stände werden Produkte aus nachwachsenden Rohstoffen gezeigt.

Veranstalter: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Rochusstr. 1, 53123 Bonn und Fachagentur Nachwachsende Rohstoffe

Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU Diskussionsforum

„Demokratie braucht Vertrauen“

Samstag, 4. Juni 1994, 10 bis 14 Uhr
Fachhochschule für öffentliche
Verwaltung, Güstrow

u.a. mit:
Bundesminister Jochen Borchert, MdB
Bundesministerin Dr. Angela Merkel, MdB
Ministerin Christine Lieberknecht, MdL

Borchert plädiert für unternehmerische Landwirtschaft

Bremervörde. Eine große Zahl von Besuchern konnte der Vorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU im Landkreis Rotenburg, **Albert Rathjen**, auf der EAK-Kreistagung in Bremervörde begrüßen. Hauptredner dieser bedeutenden Veranstaltung war der Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, **Jochen Borchert**. Der Agrarpolitiker, der auch Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU ist, sprach zum Thema „Die Zukunft der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft“.

Die Gestaltungsspielräume nutzen Bundesminister Jochen Borchert referierte über das Thema „Die Zukunft der Landwirtschaft in der Industriegesellschaft“ und sprach sich für eine Anpassung der Agrarproduktion an die Nachfrage und für eine unternehmerische Landwirtschaft aus. Ziel der Bemühungen müsse es sein, auf ausgeglichenen Märkten mehr Gestaltungsspielräume für unternehmerische Landwirte zu erreichen. Die Gewinne der Vollerwerbsbetriebe seien nach Aussage des Ministers im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1992/93 um durchschnittlich 6,3 Prozent auf rund 44.700 DM je Unternehmen zurückgegangen. Auch im laufenden Wirtschaftsjahr werde sich das Einkommen weiter verringern. Die Veredlungsbetriebe fielen - nachdem sie drei Jahre lang Spitzen-ergebnisse erzielt hatten - aufgrund des drastischen Preisverfalls bei Schweinen an das Ende der Einkommenskala zurück. Auch die



EAK-Kreistagung im Bremervörde: Bundesminister Jochen Borchert (links) und EAK-Kreisvorsitzender Albert Rathjen (rechts).

Marktfruchtbetriebe mußten Einkommenseinbußen hinnehmen. Nur die Futterbaubetriebe konnten im vergangenen Wirtschaftsjahr ihre Einkommen steigern.

Borchert machte deutlich, daß man mit der seit 1984 praktizierten Garantiemengenregelung ein wirksames System der Mengenbegrenzung in Europa habe. Deshalb war es nur folgerichtig, die Garantiemengenregelung im Rahmen der Agrarreform bis zum Jahr 2000 zu verlängern. Erzeuger und Verarbeiter erhalten somit auf absehbare Zeit die notwendige Planungssicherheit.

Nachwachsende Rohstoffe fördern „Zukünftig kommt es vor allem auch darauf an, neue Märkte zu erschließen“, sagte Borchert. Dabei wies er auf die Bereiche Umwelt- und Naturschutz sowie nachwachsende Rohstoffe hin. Der Markt für die Produktion von Biodiesel müsse gesichert und weiter ausgebaut werden. Hier bestehe ein großes Absatzpotential. Borchert unterstützte ausdrücklich den Vorschlag der EU-Kommission, eine Kohlendioxid-Steuer für fossile Energieträger einzuführen und Energieträger aus nachwachsenden Rohstoffen von dieser Steuer freizustellen.

Der Minister wandte sich dagegen, die Bedeutung der Landwirtschaft nur an ihrem Beitrag zur Wirtschaftsleistung zu messen. Dieser

Maßstab habe nur wenig Aussagekraft. Denn darin kämen nicht die Leistungen der Landwirtschaft für die Allgemeinheit zum Ausdruck. „Wir brauchen die Landwirtschaft zum Leben, als Produzent von Nahrungsmitteln und Rohstoffen sowie zur Pflege und Erhaltung der Kulturlandschaft“, erklärte der Minister.

Breitgefächerte Themenpalette

Schleswig. Christliche Grundwerte in politische Entscheidungen einfließen zu lassen und auf die programmatischen Grundlagen der CDU zu aktuellen Fragen hinzuweisen, diese Aufgabe hat sich der Evangelische Arbeitskreis der CDU im Kreis Schleswig-Flensburg gestellt. Auf der Gründungsversammlung unterstrich EAK-Leiter **Johannes Callsen** aus Mohrkirch die Notwendigkeit, Grundwerte wie Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit in der Tagespolitik deutlich zu machen und zu beachten.

Als Vertreter des EAK-Landesverbandes wies **Hans Bleckmann** aus Pinneberg der EAK auch an der Formulierung des neuen Grundsatzprogrammes der CDU entscheidend mitgearbeitet habe.

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU **Herausgeber:** Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dr. Sieghard - Carsten Kampf, Christine Lieberknecht, **Redaktion:** Birgit Heide, Karin Eberhardt, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Telefon (02 28) 544-305/6 **Verlag:** Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf, **Abonnement-Preis** jährlich 20,- DM **Konto:** EAK, Postgiroamt Köln 112100-500 oder Sparkasse Bonn 56267 **Druck:** Union Betriebs-GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn **Nachdruck** - auch auszugsweise - nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten. • Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber. **Papier:** 100% chlorfrei **Graphische Beratung:** Ilka Holle, Telefon 02 28/85 67 61

EAK der CDU/CSU · Friedrich-Ebert-Allee 73-75 · 53113 Bonn
Postvertriebsstück · F 5931 EX · Gebühr bezahlt

Mehr Demokratie wagen

Presseerklärung des Synodalen Dr. Hans-Peter Häfner nach dem Abschluß der 8. Tagung der Synode der evangelisch-lutherischen Landeskirche in Thüringen. Dr. Häfner ist stellvertretender CDU-Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag.

„Meine Vorwurf äußere ich gegen Versuche des Präsidiums der Synode, politische Meinungen von Minderheiten in der Gesellschaft zu offiziellen Meinungsäußerungen der Synode zu machen. Mein Protest richtet sich gegen den Ausschluß der Öffentlichkeit, wenn über Fehler in der Arbeit bei so wichtigen Aufgaben wie z.B. der Weiterführung des Evangelischen Stiftes Reinhardsbrunn oder der Übernahme der Schulen in Eisenach und Gotha in kirchliche Trägerschaft gesprochen wird.

Leider sind die 670.000 Gemeindeglieder unserer Landeskirche eine Minderheit in der Gesellschaft. Wenn wir wieder Volkskirche werden wollen, was ich mir wünsche, dann darf die Synode sich nicht zum Sprecher von radikalen politischen Ansichten von kleinen Gruppen in der Gesellschaft machen. Die Mehrheit der Bevölkerung muß ihre Beschlüsse als glaubwürdige und ausgewogene Meinungsbildung empfinden. Nur so kann Kirche wieder Menschen zurückgewinnen, nur so kann der wachsenden Zahl von Kirchaustritten begegnet werden.

Die Synode darf bei ihrer Meinungsbildung Öffentlichkeit nicht scheuen, sie muß die Öffentlichkeit suchen und interessieren. Dazu gehört u.a. auch eine wesentlich wirksamere Pressearbeit!

In der zurückliegenden 8. Tagung der Synode sind ohne ausgewogenen Vortrag der verschiedenen Ansichten von Fachleuten, ohne Zeit zu ausreichender Meinungsbildung und ohne Gelegenheit zu ausgewogener Formulierung Beschlüsse gefaßt worden, in denen ich und andere Synodale ihre abweichenden Standpunkte nicht wiederfinden.

Das gilt z.B. zur Kritik an der endlich gefundenen Einigung zur Pflegeversicherung. Ich hätte mir gewünscht, daß die Synode deutlich sagt: Wir als Kirche leisten im Gegensatz zu anderen als erste gesellschaftliche Gruppe freudig unseren Solidarbeitrag für alte und kranke Menschen durch Wegfall der Arbeitsbefreiung am Buß- und Bettag. Damit hätte Kirche Glaubwürdigkeit erlangt. Ich hätte mir gewünscht, daß die Formulierung über die Unverantwortbarkeit der Atomenergienutzung und zum Ausstieg aus der Atomenergie weniger extrem getroffen worden wäre. Das gilt erst recht für die unberechtigte Kritik an der Landesregierung wegen der Autobahn und ICE-Trasse über den Thüringer Wald, obwohl allen Befürwortern der Kritik klar war, daß in diesem Fall die Bundesregierung An-

sprechpartner ist, weil dort Planungs- und Baukompetenz liegen.

Ich habe mich mehrfach um Kompromisse bei Beschlüssen bemüht, ohne bei anderen Synodalen gleiche Bereitschaft erkennen zu können. Ich habe keinerlei Probleme, als Christ meine Meinung im politischen Leben zu äußern. Warum entstehen für mich Probleme und spüre ich Widerstand, wenn ich dies genauso unbefangen im kirchlichen Raum tun will.

Wenn weiterhin das Präsidium der Synode die Entwicklung stützt, daß wortgewaltige Minderheiten über bescheidene Mehrheiten bestimmen, dann spaltet das die Synode. Ich bin froh, daß in einigen Fällen wie z.B. in der heutigen Entschliebung über den Ausländeraufenthalt in Deutschland eine echte Kompromißbereitschaft gefunden wurde, der ich dann auch gerne zugestimmt habe. Die Fortsetzung solcher Ansätze wünsche ich mir. Dann kann ich auch in Zukunft meine Arbeit und meine Verantwortung als Synodaler mit Freude wahrnehmen.

Ich fordere deshalb nachdrücklich, daß die Synodalen, die unsere Verfassung unter Berücksichtigung der neuen Bedingungen in unserer Gesellschaft überarbeiten sollen, mehr Demokratie wagen und ihre Vorschläge abschließend formulieren. Zeit von eineinhalb Jahren ist genug. Ich begrüße, daß wir uns in der Herbstsynode 1994 mehr mit unseren eigentlichen Schwerpunktaufgaben, dem innerkirchlichen Gemeindeaufbau und den Problemen in unseren Kirchengemeinden, befassen wollen.“ ■

Unsere Autoren:

Bundesminister Jochen Borchert
EAK-Bundesvorsitzender
Friedrich-Ebert-Allee 73-75
53113 Bonn

Ministerin
Christine Lieberknecht
Simrockstr. 13
53113 Bonn

Europa-Büro der KAS
Klaus Weigelt
11, avenue de l'Yser
B-1040 Brüssel

Diakonisches Werk
Axel Führ
Boulevard Charlemagne 28
B-1040 Brüssel

Prof. Dr. Christian Walther
Herkenkrug 35
22359 Hamburg